

# NATIONALISMUS IST KEINE ALTERNATIVE - KEINE STIMME DER AfD!

Wie andere rechte Parteien in ganz Europa bringt sich derzeit die rechte Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) gegen die Europäische Union und den Euro in Stellung. Sie greift den allgegenwärtigen Unmut über die europäische Krisenpolitik auf und setzt auf die kompromisslose Abschottung des Nationalstaats. Die AfD will die Zeit zurückdrehen und würde wohl am liebsten die Reichsmark wieder einführen.

Nationalismus als Alternative zur autoritären EU-Politik? Vielen Dank, dieses Angebot weisen wir entschieden zurück! Die Wahl zwischen nationaler Abschottung und Weltmarktkonkurrenz ist die zwischen Pest und Cholera. Was die europäischen Rechten als Alternative verkaufen wollen, ist keine. Denn dem europäischen Krisenregime, der Sparpolitik und dem Standortwettbewerb setzen sie die Rückkehr zum Nationalstaat samt patriarchaler Kleinfamilie und autoritärer Elitenherrschaft entgegen. Auf die sich verschlechternde Lebensrealität vieler Menschen in Europa antworten die aggressiv gewordenen Kleinbürger mit den Gartenzwergräumen nationaler Enge: Der AfD-Kandidat für die OB-Wahl in Neumünster warb vor allem mit *law & order*-Positionen wie der Forderung nach mehr Polizei. Die AfD-Rhetorik richtet sich letztendlich immer gegen alle und alles, was den „nationalen Interessen“ angeblich nicht entspricht: „Pleite-Griechen“, „Armutseinwanderer“, „Lampedusa-Flüchtlinge“, „die homosexuellen-Lobby“, usw.

Nicht verwunderlich also, dass es in der AfD immer wieder "Nazi-Skandale" gibt: Kay Albrecht aus dem Vorstand der AfD Neumünster z.B. geriet 2013 wegen geschichtsrevisionistischer Aussagen in die Kritik, als er die Kriegsschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg in Frage gestellt hatte. Der damalige Sprecher der AfD für den Kreis Stormarn, Dirk Helms, leugnete gar den Holocaust.

Dabei ist die AfD nicht in erster Linie wegen dieser Ausfälle so gefährlich. Im Gegenteil: Gerade, weil sie sich nicht so dumm verhält wie die NPD, schafft es die AfD besser, den Unmut über die herrschende EU-Politik einzufangen und gleichzeitig als "demokratische" Partei wahrgenommen zu werden - als solche wurden sie in Neumünster z.B. vom Unternehmerverband Mittelholstein zur Podiumsdiskussion eingeladen, womit ihnen ein weiteres Forum für ihre teils rassistischen und sexistischen Positionen geboten wurde. Damit erhöht sie den Druck auf die etablierten Parteien, das nationale Standortinteresse noch aggressiver durchzusetzen. Diese haben in der Vergangenheit bereits zur Genüge bewiesen, dass sie gerne bereit sind rechte Ressentiments und autoritäre Politik in ihre Reihen zu integrieren. Man denke etwa an den SPDler Thilo Sarrazin, den Umgang der Hamburger SPD mit der Lampedusa-Gruppe oder die Hetze der CDU/CSU gegen „faule Südeuropäer“, „Armutseinwanderer“ und „Doppelpass“.

Es gibt durchaus Alternativen zur schlechten Realität des europäischen Kapitalismus und der autoritären EU-Politik, die nicht auf Ausgrenzung, Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Sexismus bauen. In den letzten Jahren haben eine Reihe von sozialen Bewegungen in Europa und darüber hinaus deutlich gemacht, dass sie vom Leben mehr erwarten als Arbeit unter schlechten Bedingungen, bei schlechter Bezahlung und mangelnder sozialer Absicherung. Auch haben diese Bewegungen immer wieder gezeigt, dass sie unter „Demokratie“ mehr verstehen, als einmal in vier Jahren die Stimme abzugeben – sie wollen ihr Schicksal selbst bestimmen.

**Am 10. Mai keine Stimme der AfD! Für eine solidarische Perspektive jenseits nationaler Grenzen und kapitalistischer Verwertungszwänge!**

# RASSISTISCHER HETZE ENTGEGENTRETEN - KEINE STIMME DER NPD!

Der NPD-Kandidat zur OB-Wahl, Mark Proch, versucht im Wahlkampf vor allem von rassistischen Ressentiments gegen Geflüchtete zu profitieren. Bei den Kundgebungen in Boostedt und in der Neumünsteraner Innenstadt wurden u.a. ein Flyer der extrem rechten Partei mit der Aufschrift "Asylflut stoppen" verteilt. Diese wenig tiefgründige Hetzschrift, in deren V.i.S.d.P Proch als Verantwortlicher aufgeführt ist, basiert im Wesentlichen auf hanebüchenen Behauptungen, die sich leicht widerlegen lassen.

Behauptung 1: Die Flüchtlinge würden den Steuerzahler\_Innen in Neumünster zu viel Geld kosten. Auf der NPD-Homepage wird von "Drei-Sterne-Hotels mit Vollpension" fabuliert. Ein Artikel der Kieler Nachrichten spricht hingegen in Bezug auf die Flüchtlingsunterkunft im Haart von dringendem Renovierungsbedarf: "In den Waschräumen sind wie seit anno Krug noch die alten langgestreckten Steingutbecken in Betrieb. Großraumduschen lassen keinen Raum für Privatsphäre bei der Körperreinigung. [...] Durch die maroden Fenster pfeift der Wind." Ein Sprecher der "Jugendlichen ohne Grenzen" (JOG) machte in einem Interview im Deutschlandfunk deutlich, dass der Schutz von Flüchtlingen "humanitärer Schutz und kein Abfallprodukt ökonomischer Nutzenkalküle" sein müsse. Andererseits sei die Aufnahme von Flüchtlingen selbst aus ökonomischer Perspektive sinnvoll: "Wenn man sie fördert, kann Deutschland so viel profitieren."

Behauptung 2: Die Flüchtlinge wären alle kriminell. Konkrete Beweise wie Gerichtsurteile führen sie dafür keine an, und auch der an anderen Stellen platzierte Verweis auf die viel zitierte Kriminalitätsstatistik, die unlängst die Stadt an der Schwale mit dem bundesweit dritten Platz auszeichnete, kann kaum als Beweis angeführt werden. In einem Artikel des *Handelsblatt* heißt es dazu: "So gibt es in Neumünster etwa ein Auffanglager für Flüchtlinge und Asylsuchende. Und die begehen Straftaten, die für Deutsche gar keine wären. So machen sie sich etwa strafbar, wenn sie das Stadtgebiet verlassen. [...] 'Außerdem ist die Anzeigebereitschaft bei Delikten, die von Ausländern begangen werden, deutlich höher'".

Behauptung 3: 95% der Flüchtlinge würden "Asylmissbrauch" betreiben. "Asylmissbrauch" mit vermeintlich unbegründeten Asylanträgen gleichzusetzen ist mehr als fraglich, zudem haben selbst dann Proch und Co. schlecht gerechnet: Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge veröffentlichten Zahlen für 2012 zeigen, dass von den 2.472 gestellten Asylanträgen 684 wegen politischer Verfolgung, aufgrund der Genfer Konvention oder Abschiebehindernissen wie Folter oder Krieg stattgegeben oder daraufhin eine Duldung erteilt wurde, was einem Anteil von 28% entspricht – würde mensch der NPD-Behauptung glauben schenken, dürfte diese Quote bei nur 5% liegen. Die *taz* verweist zudem darauf, dass diese Quote eigentlich noch viel höher sein müsste: "Sehr viele der abgelehnten Asylbewerberinnen und -bewerber erhalten kein Asyl, weil sie aus vermeintlich „sicheren Drittstaaten“ einreisen. Auch Bürgerkriegsflüchtlinge erhalten z.B. prinzipiell kein Asyl, auch wenn ihr Leben in ihrem Herkunftsland noch so sehr bedroht sein sollte. Diese und zahlreiche weitere Gründe führen dazu, dass die Ablehnungsquote in Deutschland bei Asylbewerber/innen sehr hoch ist, obwohl häufig eine tatsächliche Verfolgung vorliegt."

Mit seinem rassistischen Wahlkampf will Proch den Hass auf Geflüchtete schüren - tatsächlich ist auch im vergangenen Jahr die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf Asylsuchende und deren Unterkünfte rapide gestiegen.

**Am 10. Mai keine Stimme der NPD! Solidarität mit Geflüchteten statt rassistischer Hetze!**